

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17.
Ges. Ad. Schles. Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ede,
Otto Niekisch, in Firma J. Lermann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:
F. Nachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Posen.

Mr. 62 Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich **drei Mal**, anden an die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich **4,50 M.** für die Stadt Posen, **5,15 M.** für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Mittwoch, 25. Januar.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen K. W. Post, Hasenstein & Vogler, G. L. Daube & Co., Invalidendam.

Berantwortlich für den Inseratenthell:
J. Klugkist in Posen.

Inserate, die schriftgestaltete Beilesele oder deren Raum in der Morgenaugabe 20 Pf., auf der letzten Seite 20 Pf., in der Mittagaugabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Bevorzugung für die Mittagaugabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenaugabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung vom 24. Januar, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Nebereinkommen gestattet.)

Die erste Berathung der Buchergesetzwelle wird fortgesetzt.

Abg. Frohme (Soz.): Prinzipiell stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Bucher wie jedes andere Verbrechen bestraft werden soll. Aber wir können uns nicht überzeugen, daß einem Buchergesetz die praktische Bedeutung inne wohnt, die ihm von der Regierung und den Konservativen beigelegt wird. Auch ich bin mit der Regierung der Meinung, daß der Sachwucher ebenso bestraft werden muß, wie der Geldwucher, aber Niemand hat für den Sachwucher eine genaue Definition gegeben. Alle Rechtsgeschäfte sollen der Bucher-Gesetzgebung unterliegen. Auch der Arbeitsvertrag ist ein Rechtsgeschäft, und er läuft doch oft auf Bucher hinaus. In unserer Gesellschaftsordnung ist der Arbeits-Vertrag auf Ausbeutung der Not des armen unerfahrenen Arbeiters aufgebaut. Die Strafen in einem solchen Vertrage sind nichts Anderes, als Bucher, weil sie in auffälligem Missverhältnis zu den Leistungen des Arbeitgebers stehen. Die agrarische Schutzpolitisches tritt ebenfalls einen wucherlichen Charakter. Der verhaftete Kornwucher tritt doch wenigstens ein Risiko, dem Großgrundbesitzer ist die Bewirtschaftung der konsumirenden Bevölkerung von Gesetzen wegen garantirt. Und ist der Grund- und Boden wucher nicht frei, sowie der Wohnungswucher? An diesem Bucher sind alle Parteien beteiligt, aber sie werden nicht bestraft, sie können ruhig weiter wuchern. Der Terminhandel an der Börse ist doch auch nichts anderes als Bucher. Schaffen Sie doch ein gründliches Buchergesetz, in dem alle diese Arten von Bucher bestraft werden. Sind die Preistreibereien der großen Unternehmer nicht Bucher? Verhüttet nicht unser staatliches Poteriewesen auf der Ausbeutung der Unerfahreheit, des Leichtfinnes des armen Mannes? Die Schenkfreiheitlotterie allerdings war nicht bloß eine Spekulation auf die Unerfahreheit, sondern auch auf den Patriotismus. Die Vorlage trifft also nicht die schlimmsten Auswüchse der Ausbeutung der unerfahrenen Menschen. Wie kann man hundert Jahre nach Adam Smith, der erklärt hat, daß Buchergesetze nichts helfen, mit einer solchen Vorlage kommen. Ich wende mich nicht gegen Buchergesetze überhaupt, sondern gegen die Art und Weise, in der von gewissen Parteien dafür agitiert wird, indem dem kleinen Handwerker und dem Landmann gesagt wird, ein Buchergesetz werde alle wirtschaftlichen Schäden beseitigen. Wenn, wie in den Motiven hervorgehoben wird, das Buchergesetz von 1884 so günstig gewirkt hat, wozu bedürfen wir da jetzt einer weiteren Ausdehnung? Ebensoviel wie die Bestrafung des Diebstahls die Diebstähle verhindert hat, wird ein Buchergesetz nichts nutzen. Wer macht denn den Bucher möglich? Die Jugend der Kreise, die sich als die berufenen Vertreter der Ordnung aufspielen und so maßlose Ansprüche an die Lebenshaltung stellen, daß der Geldbeutel des Vaters und der Verwandten nicht reicht. Diese Art von Bewuerten nehmen Sie in Schutz, aber die Bergleute, die sich die Bewirtschaftung nicht gefallen lassen wollen, schützen Sie nicht, sondern versuchen jede selbständige Regung zu unterdrücken. Ja, herrscht nicht die Aufschauung in großindustriellen Kreisen, als ob das ganze wirtschaftliche Leben der Arbeiter unter der Kontrolle des Arbeitgebers zu stehen habe? Die Vorlage erschöpft den Begriff des Sachwuchers nicht, und Sie werden darum mit ihr keine Zufriedenheit schaffen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hitz (Btr.): Das wird doch der Vorredner nicht leugnen, daß ein Buchergesetz gewissen Auswüchsen entgegentritt. Aber ich kann ihm das Recht nicht zuerkennen, den Begriff des Buchers soweit auszudehnen, wie er es getan. Wenn Sie den Terminhandel, die Häuferspekulation für Bucher halten, so bringen Sie doch einen Gesetzentwurf in dieser Richtung ein. Herr Singer hat ja doch aber mit Sachverständnis gegen die Börsensteuer gesprochen. Wir sind gern bereit, dem Bucher nach jeder Richtung hin entgegenzuwirken. Herr Hornig erkennt kein Bedürfnis für ein Buchergesetz an, weil unter 900 wegen Buchers Angeklagten 520 freigesprochen worden sind. Die Zahl der Verurtheilten ist doch schon groß genug, um zu Bedenken Anlaß zu geben. Herr Hornig wird doch selber nicht meinen, daß unter den Freigesprochenen alle wirklich unschuldig sind. Wenn wir bei dieser Vorlage die Entschädigungsfrage aufgeworfen haben, so denken wir vor Allem an die Leute, die wirklich die Not dem Bucher in die Arme getrieben hat, an den armen Handwerker, die Näherin, die man nicht erst auf den Weg des Babilprozesses verweisen darf. Wenn man ansüht, daß Deutschland einzigt dasteht in seiner Buchergesetzgebung, so ist das kein Schaden. Es kommt davon, daß der Deutsche mehr als jeder andere gegen den Bucher empört ist.

Abg. Schrader (Btr.): Es wird mir von manchen Seiten zugeschoben, daß ich in der Bucherfrage einen abweichenden Standpunkt von meinen Freunden einnehme. Man nimmt Bezug auf eine Petition, die sich auf den Bucher bezog, der gegenüber ich eine Rede hielt des Inhalts, daß ich mich dazu bereit erklärte, die Petition der Regierung zur Erwiderung zu überweisen. Aber sachlich war ich mit den in der Petition aufgestellten Forderungen nicht einverstanden, sondern vertrat dieselben Ansichten wie heute. Die Regierung selbst nahm gegen die Forderungen der Petition Stand, weil sie glaubte, daß sich ein Buchergesetz nicht auf alle Fälle anwenden ließe, da die Kriterien für den Bucher nicht leicht zu finden seien. Diese Schwierigkeit liegt auch hier vor. Auch gegen einen ehrlichen Mann können nach diesem Gesetz Untersuchungen eingeleitet werden, denn es wird leicht sein, einen Staatsanwalt glaubhaft zu machen, daß ein übermäßig hoher Gewinn und Ausbeutung des Leichtfinns und der Unerfahreheit vorliege. In solchem Fall wird der ehrenwerte Verkäufer materiell und moralisch schwer geschädigt. Die Feststellung des Begriffs „gew. rbsmäßig und gewohnheitsmäßig“ wird sehr schwer sein. Die Konsequenz solcher Bestimmungen ist die, daß Leute, die sich mit Geldgeben beschäftigen, immer schärfere Bedingungen stellen, weil ihr Risiko immer größer wird. Bedenklich sind auch die Vorschriften über die Abrechnung. Wenn jemand vergibt, drei Monate vor Jahresende die Abrechnung zu

schieben, so kann er, auch wenn er der ehrenhafteste ist, darum au die Anklagebank kommen. Alle diese Beschränkungen schlägt die Regierung mit Rücksicht auf gewisse Strömungen im Reichstage vor, im Lande ist diese Strömung gar nicht so stark. Und die Regierungsvorlage geht den Herren sogar nicht weit genug. Herr Gleie will dem Strafrichter zivilrechtliche Befugnisse zuweisen, Herr Hitz stimmt sogar in gewissen Verlebungen den Sozialdemokraten bei. Nach den Vorgängen in früheren Jahren ist zu befürchten, daß die Regierung nachgibt. Gerade die Rede des Abg. Frohme sollte doch zu bedenken geben, daß die Beschränkung der Erwerbsfreiheit, die Sie verlangen, nicht der notleidenden Bevölkerung, sondern der sozialdemokratischen Partei zu gute kommen wird. Sie halten alle Deutschen für unwürdig, und indem Sie immer mehr alle Leute bevormunden, können Sie schließlich auf einen Punkt, in dem Sie sich mit den Sozialdemokraten begegnen. Auswüchsen zu begegnen, einzelnen Nebenständen abzuholzen, sind auch wir, wo es angeht, bereit. Die Heilung kann nicht geschehen durch Gesetzgebung, sondern durch Änderung derjenigen Zustände, die zum Bucher führen, durch Belehrung der Bevölkerung. Sorgen Sie dafür, daß die Bevölkerung wirtschaftlich erzogen wird. Sorgen Sie dafür, daß unsere Gewerbetreibenden lernen Buch zu führen, sorgen Sie dafür, daß Vereinigungen entstehen, die den Kredit dem kleinen Manne erleichtern. Fördern Sie solche Bestrebungen, so treten Sie auch dem Bucher entgegen. Wir werden bei der Berathung unseres Antrages über die Berufsvereine sehen, wie weit die konservative Partei diesen Bestrebungen entgegenkommt. Wir werden diese Vorlage darauf hin prüfen müssen, ob sie nützen wird, ob sie überhaupt notwendig ist und ob nicht auf anderem Wege eine Besserung herbeizuführen ist. (Beifall links.)

Abg. Schneider (Hamm, nl.): Wir glauben auch, daß die Heilung nur auf wirtschaftlichem Gebiete liegt, aber wir glauben ebenso, daß auf gesetzlichem Wege manchen Missständen begegnet werden kann. Wir wollen darum das eine thun und das andere nicht lassen. Es ist unrichtig, eine Wirkungslosigkeit des bisherigen Buchergesetzes aus der geringen Zahl der Verurtheilungen wegen Buchers herzuleiten. Vielleicht ist die geringe Anzahl der Verurtheilungen die Folge der erziehlichen Wirkung des Gesetzes. Jedes Strafgesetz wirkt erziehlich. Man könnte aus denselben Gründen wie gegen die Bestrafung des Buchers auch gegen die Bestrafung des Meineids plädieren, denn die Bestrafungen wegen Meineids sind auch ziemlich selten. Da in der heutigen Vorlage „Gewerbs- und Gewohnheitsmäßigkeit“ Voraussetzung für die Bestrafung des Buchers ist, so sind alle Befürchtungen der Freisinnigen wegen zu großer Ausdehnung des Bucherbegriffes hinfällig. Die Vorlage bildet eine gute Grundlage für die Berathung in der Kommission, die über viele Einzelheiten sich noch wird schlüssig machen müssen.

Abg. Dr. v. Bar (Btr.): Es wird dem Richter sehr schwer fallen, zu beurtheilen, ob ein Geschäft einen unverhältnismäßig hohen Gewinn abgeworfen hat. Wenn jemand eine Wohnung zu vermieten hat, die er regelmäßig nur zu sehr hohem Preise lädt, so ist das auch gewohnheitsmäßig. Wie will der Richter das Kriterium für die Schädlichkeit des Gewohnheitsmäßigen finden? Zwischen Recht und Moral besteht ein Unterschied, und es wird nicht gelingen, diese Grenze zu verschließen, wenn auch die Tendenz dieser Vorlage wie manches andere Gesetz der letzteren Zeit darausgeht. Es ist merkwürdig, daß man sich für die Gesetzgebung außer auf Österreich nur noch auf zwei schwäbische Kantone berufen kann. Die Justiz in solchen kleinen Gemeinden hat eine ganz andere Stellung als bei uns. Hier wird es Ihnen nicht gelingen, mit derartigen Gesetzen Erfolg zu erringen. (Beifall links.)

Abg. Büsing (nl.): Einzelne Bestimmungen der Vorlagen sind derartig, daß auch die legitimen Geschäfte dadurch geschädigt werden. Wenn diese Bestimmungen nicht gestrichen werden, so ist die Vorlage unannehmbar.

Darauf wird die Vorlage an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Der Gesetzentwurf, betr. die Begründung der Revision in bürgerlichen Streitigkeiten wird nach einigen Bemerkungen des Abg. Münnich (df.) in erster Berathung erledigt. Die zweite Berathung wird im Plenum stattfinden.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs wegen Verwaltungsmilitärischer Geheimnisse (lex Ahlwardt.)

Abg. Schneider (Hamm, nl.) beantragt, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Garwitz (dfr.) beantragt Überweisung an die Kommission, welche die lex Heinze vorberathet. (Hinterher)

Der Antrag Schneider wird darauf angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen.

Bezüglich der Wahl des Abg. v. Hellendorff (7. Marienwerder) welche schon früher für gültig erklärt worden war, nimmt das Haus den auf Grund einer Nachprüfung gestellten Antrag der Kommission an, wegen vorgeführter Unregelmäßigkeiten und Beeinflussungen den Reichskanzler um Vornahme eidlicher und nicht eidlicher Vernehmungen in dem Fall zu ersuchen, wo der Landrat Dr. Kersten mit seinem Anhang den Beitritt zu einer freiwilligen Wählerversammlung erzwungen und dieselbe nacherstellt hätte.

Die Wahl des Abg. v. Neden (nl) (9. Hannover) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären hauptsächlich mit Rücksicht auf ein Urteil vor der Wahl vom Oberbergamt v. Detten in amtslicher Eigenschaft an die Bergarbeiter gerichtetes Flugblatt; die Kommission erachtet den Reichskanzler, die betr. Wahlbeeinflussung amtlich rückerklären zu lassen. Einen anderen Punkt des Protestes, wonach der Richter der staatl. Mühle Calemburg seine Arbeiter in unehriger Weise beeinflusst hat, soll der preußischen Regierung, befreit weiterer Veranlassung, zur Kenntnis gebracht werden.

Abg. Schneider (Hamm, nl.) bestreitet, daß durch das verbreitete Flugblatt eine derartige Beeinflussung stattgefunden habe, daß dadurch allein eine Majorität für v. Neden zu Stande gekommen sei. Herr von Neden hätte auch sonst die Majorität erlangt. Man könne doch nicht behaupten, daß sämtliche Berg-

leute sich durch das Flugblatt zu Gunsten des nationalliberalen Kandidaten hätten umstimmen lassen. Redner beantragt, die Wahl giltig zu erklären.

Abg. Dr. Schneider (df.): Das Flugblatt hat alle die beeinflussen müssen, die von Herrn v. Detten abhängig sind. Ich werde deshalb für den Kommissionsantrag stimmen. Man darf nicht bloß von rechnerischen Gesichtspunkten ausgehen, sondern muß in jedem Falle die prinzipielle Bedeutung der Beeinflussung berücksichtigen. Der Erlass des Herrn v. Detten, der in seiner amtlichen Eigenschaft als Oberbergdirektor veröffentlicht hat, war wohl dazu geeignet, Bergleute entweder von der Wahl ganz abzuhalten oder sie zu verhindern, demjenigen die Stimmen zu geben, dem sie dieelben zu geben beabsichtigten. Das ist eine Beeinflussung des Wahlrechts und der Wahlfreiheit.

Abg. Dr. Stephan (Beuthen, Btr.) tritt für die Gültigkeit der Wahl ein, da v. Neden auch ohne die Stimmen der Bergleute gewählt worden wäre.

Abg. Heine (S.-D.) erklärt es für bezeichnend, daß die nationalliberalen und Zentrumsparthei heute von dem bisherigen Standpunkt des Hauses in Wahlprüfungsfragen abweichen, nämlich jede Wahl für ungültig zu erklären, bei der ein Mißbrauch der Amtschaft stattfinde.

Abg. v. Strombeck (Btr.) spricht sich im Gegensatz zu seinen Fraktionsgenossen für die Ungültigkeit aus, welche die Kommission wohl mit gutem Grunde beschlossen haben werde. Es sei kein Moment vorgebracht worden, welches veranlassen könne, gegen den wohlerwählten Besluß der Kommission zu stimmen. Abg. Dr. Marquarden (nl.) führt dagegen aus, daß in vielen Fällen das Haus die Beschlüsse der Kommission umgestoßen habe. Uebrigens habe immer das rechnerische Ergebnis die Grundlage für den Besluß über Gültigkeit oder Ungültigkeit einer Wahl gebildet.

Abg. Dr. Schneider (dfr.) konstatirt demgegenüber, daß die Kommission und das Haus in den letzten Jahren nicht mehr den vom Vorredner angegebenen rein rechnerischen Standpunkt eingenommen habe.

Abg. Meister (S.-D.) wirft dem Zentrum vor, daß es seinen früheren Standpunkt verlassen habe, wie das die Rede des Abg. Stephan beweist. Hoffentlich theilen noch mehrere Mitglieder des Zentrums die Ansicht des Abg. v. Strombeck. Die Drobungen gegen die Arbeiter seitens des Herrn v. Detten waren so stark, daß sie ihre Haltung in den Wahlen beeinflussen mußten. Schon um dieser groben Beeinflussung wegen muß die Wahl für ungültig erklärt werden auch ohne Rücksicht auf das rechnerische Ergebnis. Jedes Mitglied meiner Partei würde sich schämen auf diese Weise gewählt zu werden.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abga. Stephan (Btr.) und Schneider (Hamm), beantragt Abg. Singer (Soz.): namentliche Abstimmung.

Dieselbe ergibt 10 Stimmen für und 79 gegen die Gültigkeit der Wahl. Das Haus ist somit beschlußunfähig.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr. (Antrag Rintelen, betr. Unterbrechung der Berathung im Falle der Immunität, Anträge Ackermann-Hitz-Großer über Änderung der Gewerbeordnung.) Schluss gegen 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 24. Januar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Nebereinkommen gestattet.)

Die zweite Berathung des Stats wird beim Domänenetat fortgelebt.

Abg. Dünkelberg (nl.) bemerkt, daß der Rückgang der Domänenpachtverträge nicht verwunderlich sei, da wir in den Vorjahren nicht gute Ernten gehabt haben und das Getreide einen Preissprung erlitten habe; diese Erscheinungen veranlaßten den Bäcker, heute mit besonderer Vorliebe an eine Pachtung heranzugehen: An dem Preissprung habe die Bollermaßigung einige Schuld und man werde abwarten müssen, ob der jetzige Zoll genügend setzt. Die Regierung werde der Landwirtschaft ihre Aufmerksamkeit zuwenden und für ihre Besserung unter anderem auch durch Meliorationen sorgen müssen. Es gehe ein internationaler Zug durch die Welt, der verlangt, daß die Staaten der Landwirtschaft zu Hilfe kommen.

Abg. v. Schalscha (Btr.) bestreitet die Richtigkeit der von der linken Seite gehauften Behauptung, daß die Preise der Güter in den siebziger Jahren schwindelhaft in die Höhe gegangen seien. Im Gegenthell sei der Rückgang der Güterpreise mehr auf Schwindel zurückzuführen. Der Landwirt sei zufrieden, wenn er auch ein bescheidenes Vermögen besitzt. Dasselbe verzimt sich nur sehr schlecht trock bedeutender persönlicher Arbeit des Gutsbesitzers, und dabei leiste der Grundbesitzer noch große Arbeit für den Staat, und das thue er um der Ehre willen. Aber von der Ehre werde er nicht satt. (Heiterkeit.) Die Buchführung, die Herr Rückert empfehle, könne doch nichts nützen. An der Not der Landwirtschaft seien schuld die Miseranten, die Freizügigkeit, die Aufgabe des Schutzzollsystems und die Goldwährung; der letzteren falle die größte Schuld an dem Niedergang der Landwirtschaft zu. Die Schwankungen des Zollkurses paralyzieren die Wirkungen des Zolls, der ja auch gar nicht von dem Inlande, sondern vom Auslande getragen werde. Wie könne man demgegenüber sagen, daß der Zoll von 5 Mark das höchste sei. Die Frage, welcher Zoll der vernünftigste sei, lasse sich nur unterscheiden mit Rücksicht auf die Walutaverhältnisse der Länder, aus denen Getreide importiert werde.

Abg. Ritter (dfr.): Das preußische Abgeordnetenhaus ist nicht der Ort, die deutschen Handelsverträge zu besprechen. Am allerwenigsten im gegenwärtigen Augenblick! Den Ursprung, welchen Abg. v. Kröcher mir untergelegt hat, als hätte ich gesagt, wenn die Landwirthe gut Buch führen würden, würden sie gute Ernten haben, zu widerlegen, darauf verzichte ich. Abg. Gerlich hat nach langem Suchen meine persönlichen Verhältnisse auskundschaftet. Was würden Sie sagen, wenn ich die Verhältnisse der Mitglieder der Rechten erkundete? Herr Gerlich hätte besser gehan, wenn er si-

direkt an mich gewandt hätte. Wir spielen uns gar nicht als große Landwirthe auf, wir haben aber ebenso, wie Sie, das Recht, die Interessen des Landes zu vertreten. Sie kommen jedes Jahr mit Klagen, ohne Mittel zur Besserung anzugeben. Unsere bewährte Währung (Widerspruch rechts) wird auch der Landwirtschaftsminister nicht ändern wollen. Auch die Rhetorei steht schlecht. Was würden Sie nun sagen, wenn wir hier von der nothleidenden Rhetorei sprächen. Schon Minister Luctus hat hier hervorgehoben, daß die Landwirtschaft Wohlthaten empfangen hat. Und den haben Sie als Ihre Autorität angeführt. Die Herren, die an der Grenze der Vertheidigung stehen, würden dem Staat einen Dienst thun, wenn sie ihre Güter Anderen überließen. Ich könnte Ihnen auf Grund von Gutachten finanztechnisch gebildeter Männer eine sehr gute Antwort geben, ich verzichte darauf. Selbst Ihre Freunde im Reichstag würden für den russischen Handelsvertrag stimmen. So haben Sie weiter keinen Zweck mit Ihren Reden gehabt, als dem Minister ein Memento mori zuzurufen. Der konservative Parteitag ist ein Wendepunkt in der Geschichte der konservativen Partei. Er hat den Beweis geleistet, daß diese Partei antisemitisch geworden ist. Das Interessante an der Rede des Herrn v. Minnigerode war, daß er sagte, das konservative Programm stiehe fest und unterliege nicht mehr dem Subjektivismus des Einzelnen. Das war sehr deutlich für Herrn v. Heldorf und die 28 Declaranten. Entweder müssen Sie sich unterwerfen oder ausscheiden. Herr v. Minnigerode sagte, wer noch Ideale im Leibe hat, wessen Herz noch höher schlägt bei dem Gedanken an die Größe des christlichen Volkes, verlangt christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Kinder. Herr Rickert habe andere Ideale. Gewiß sind meine Ideale anders. Ich erinnere mich, daß wir eine Verfassung, eine beschworene Verfassung haben, eine Verfassung, deren Grundsätze Ihr unvergleichlicher Führer, der getauft wurde Stahl, entworfen hat. Sie haben einen Rückschritt gemacht. Sie wollen sogar statt der Obrigkeit, wie wir sie in der Verfassung haben, eine lediglich christliche Obrigkeit. (Hört, hört! rechts.) Das ist nicht das Ideal, das wir im Herzen tragen, das ist Ihr Ideal! Wie weit wollen Sie gehen mit der christlichen Obrigkeit? Ich will das von Ihnen herausholen: Sie sollen sich nicht hinter allgemeinen Redensarten verstecken, sondern klar und deutlich sagen, was Sie wollen. Sie sollen Ihr Programm selbst interpretieren. Das Ideal, das wir im Herzen tragen, ist im Reichsgesetz vom 3. Juli 1869 ausgesprochen. Ich bin der Meinung, die der Abg. Windhorst am 2. Juli 1869 ausgesprochen hat, als dieses Grundgesetz mit überwogender Majorität ohne Diskussion angenommen wurde. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen ist es unzulässig, daß das religiöse Bekennnis irgend welchen Einfluß auf die öffentlichen und bürgerlichen Verhältnisse hat. Das ist unser Ideal. Wir werden jede Gelegenheit benutzen, von Ihnen herauszulocken, was eigentlich Ihre Ideale sind. Sollen die Juden nicht mehr Richter werden? (Rufe rechts: Nein, nein!) Daß Sie mit Ihren Überzeugungen nicht siegen werden, davon bin ich fest überzeugt.

Abg. Dr. Arendt (frt.): Es handelt sich bei den Zöllen um eine soziale Frage, um eine Frage des gesamten Besitzes. Der Staat selbst hat ein Interesse daran, die Produktion, welche der Landwirt nicht in seiner Gewalt hat, in gedeihlichen Verhältnissen zu halten. Deshalb ist der Ausdruck „Staatsunterstützung“ unrichtig und widerspricht den tatsächlichen Verhältnissen. Ich habe die Handelsverträge bekämpft. Man hat die Handelsverträge für eine große That gepriesen. Die Industrie erkennt jetzt, daß sie von den Verträgen auch keinen Vortheil hat. (Sehr richtig! rechts.) Eine Drohung gegen den Minister haben wir nicht ausgesprochen. Das ist überhaupt nicht konservative Gewohnheit. Wir haben nur eine Warnung aussprechen wollen, und das war angebracht gegenüber den letzten Vorgängen. (Beifall rechts.)

Abg. Papendieck (frt.): Der Ausdruck, die Landwirtschaft leidet Roth, trifft nicht zu. Es müßte richtiger heißen: die Landwirthe leiden Roth. Wir sollten uns nicht immer hinstellen und klagen, sondern suchen, uns selbst zu helfen. Wir dürfen nicht sprechen, ja, wenn wir keine Flasche Wein mehr trinken können, dann geht das Geschäft nicht mehr. Wir müssen uns mehr einschränken. Die Großgrundbesitzer im Hause stehen doch noch nicht so schlecht, sonst würden sie hübsch zu Hause bleiben. (Beifall links.)

Abg. Damms (cons.) weist darauf hin, daß die Arbeitslösungen so außerordentlich gestiegen seien, daß sie vom Landwirth kaum noch aufgebracht werden könnten. Dazu kämen die Lasten durch die Arbeiterbeschaffung.

Abg. Schnattheuer (cons.) befürwortet gleichfalls erhöhten Schutz der Landwirtschaft.

Abg. Dr. Graf (Elberfeld, natl.): spricht den Wunsch aus, die Verwaltung möge etwas besser für das Bad Norderney sorgen, damit es die Konkurrenz der belgischen und holländischen Bäder ertragen könne. Besonders zu wünschen sei die Auswahl eines geeigneteren Personals. Weiter sei eine bessere Eisenbahnverbindung zu wünschen. Die Verwaltung werde von dem Verkehr zwischen Köln und Norderney großen Vortheil haben. Auch müsse für Vermehrung der Bauten und Errichtung einer Wandelbahn gesorgt werden. Ein Krankenhaus fehle auch auf Norderney.

Abg. Schaffner (nl.) verlangt Verbesserung der Badeeinrichtungen in Ems.

Landwirtschafts-Minister v. Henden: Das Interesse für Norderney theile auch ich. Ob es Aufgabe der Staatsregierung ist, dort ein Krankenhaus zu bauen, oder ob von der Gemeinde eine Konkurrenz ausgeschrieben werden muß, lasse ich dahingestellt. Die übrigen Wünsche des Abg. Graf werde ich thunlichst berücksichtigen. Der Domänenrat wird hierauf bewilligt. Beim Etat des gehobenen Bürgertums macht

Abg. Dr. Bödiker (Btr.) für seine Zustimmung den Vorbehalt, daß nicht auch bei anderen Ressorts Gehaltserhöhungen vorgenommen würden, entsprechend der neuen Forderung von 12 000 Mark für die Gehaltserhöhung des ersten Kabinettssekretärs in diesem Etat.

Geb. Oberfinanzrath Lehner erwiderst, die Voraussetzungen für die Gehaltserhöhung des Kabinettssekretärs trüfen in anderen Ressorts nicht zu. Der Etat wird genehmigt. Beim Etat des Finanzministeriums führt

Abg. Frhr. v. Gymnatten (Btr.): Beschwerde, daß Einkommenssteuererhebungen, die ja in sehr großer Zahl einfließen, sehr oberflächlich behandelt würden. Dazu komme, daß der betreffende Kommissar häufig sehr wenig von den landesüblichen Verhältnissen verstehe.

Finanzminister Dr. Miguel sagt thunlichste Abhilfe etwaiger Beschwerden zu. Eine Menge von Berufungen seien indeß ganz unbegründet.

Abg. Dr. Bödiker (Btr.) bemängelt, daß die Militärwärter häufig eher in eine seite Anstellung kommen als die Zivilwärter. Deshalb müßten den Diätarien vier Jahre zu gut gerechnet werden.

Geb. Oberfinanzrath Lehner: Für die zunächst berührte Frage sprechen Gründe der Billigkeit. Aus finanziellen Gründen hat sie nicht erledigt werden können. Bezüglich der Beförderungen und Verleihungen hat die Regierung Erwägungen angestellt, die noch nicht zum Abschluß geführt haben.

Abg. Dr. Sattler (nl.) fragt an, ob es bei den Bestimmungen über die Diätarien nicht angängig gewesen sei, von den bisherigen Grundsätzen über das Alternieren der Militär- und Zivilwärter abzugehen.

Oberfinanzrath Lehner: Das ist nicht angängig gewesen, weil die Militärverwaltung Widerstand geleistet hat.

Der Etat wird genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung. Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberathung, darunter Justiz- etat.)

Schlüß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 24. Jan. Da die Agrarier an den bei den Debattentagen von Freitag und Sonnabend noch nicht genug hatten, so haben sie in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wiederum ihre heftigen Anklagen über die Roth der Landwirtschaft vorgebracht. Neues ist dabei absolut nicht gesagt worden. Die Herren kommen allmählich auf den Standpunkt der Heulweiber, wie sie in manchen Gegenden bei ländlichen Begräbnissen pflichtgemäß zu amtieren pflegen. Was man in den Klagen von der vorigen Woche allenfalls vermisst konnte, den Ruf nach der Doppelwährung als einziger Schutzwehr gegen den Untergang des Grundbesitzes, das ist heute reichlich nachgeholt worden, und der Hauptling der Bimetallisten, Herr Arendt, ist selber auf die Bresche gestiegen. Bezeichnend für die heutige Verhandlung ist, daß der Landwirtschaftsminister ruhig zuhörte und kein einziges Mal das Bedürfnis empfand, zu antworten. Was zu sagen war, das hat er den Herren von der Rechten am Sonnabend deutlich genug gesagt, und damit könnte das nutzlose Redetournier wirklich abgeschlossen werden. — Im Reichstage hat man sich dafür kürzer gesetzt. Ueber die neue Buchergesetzvorlage ist mit ehrlichem Maßhalten gesprochen worden und das Gesetz, betreffend den Berrath militärischer Geheimnisse ist sogar ohne jede Debatte an eine Kommission verwiesen worden. In der Buchergesetzdebatte hat der Abg. v. Bar, der hervorragende Göttinger Rechtslehrer, kurze, aber höchst beherzigenswerte Ausführungen gemacht, die hoffentlich auch in Regierungskreisen die nötige Beachtung finden werden.

— Der Großfürst Thronfolger von Russland ist Dienstag Abend 9½ Uhr in Berlin eingetroffen und vom Kaiser und sämtlichen Prinzen des königlichen Hauses, sowie von den meisten zur Zeit in Berlin weilenden fremden Fürstlichkeiten am Bahnhofe empfangen worden. Der Kaiser und der Großfürst führten sich wiederholt. Nach den militärischen Ehrenbezeugungen geleitete der Kaiser den Großfürsten im offenen Wagen zur russischen Botschaft.

Bröndenberg i. Westf., 23. Jan. In der heutigen Vertrauenssmannerversammlung der Zentrumspartei aus den Kreisen Olpe, Meichede, Arnsberg wurde Oberrentmeister Böse in Wünster als Kandidat für die durch den Tod des Abg. Peter Reichensperger nötig gewordene Erstwahl für Reichstag und Landtag einstimmig aufgestellt.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 24. Jan. Die Militärkommission des Reichstags trat heute Vormittag, wie schon telegraphisch gemeldet, zu ihrer fünften Sitzung zusammen. Generalmajor von Götschler giebt eine ausführliche Entgegnung auf die Berechnungen und Darlegungen, die Abgeordneter Hinze am Schluß der vorigen Sitzung gemacht hatte. General v. Götschler hat dies an der Hand einer an die Kommissionsmitglieder vertheilten Übersicht über die Abgänge in Folge Dienstuntauglichkeit u. s. w. Die Zahl der Überzähligen schwankt und ist im Jahre 1890 gering gewesen. Man muß dies aber in Verbindung bringen mit der wesentlich erhöhten Aushebung, wodurch es vollständig erklärt wird. Redner erörtert die vielfachen Gründe bedingter Diensttauglichkeit, um nachzuweisen, daß ein sehr großer Theil derselben auf landwirtschaftlichen und beruflichen Verhältnissen beruht und die Ausdehnung mit Recht nicht hindern darf. Ganz abgesehen von der gegenwärtigen Vorlage, ist daher bereits angeordnet, daß solche Militärschlächte von jetzt an der Reihe nach ausgehoben werden. Mangel an Recruten ist bei dem sehr starken Anwachsen der Bevölkerung durchaus nicht zu befürchten. Die Zahl der Dienstuntauglichen ist bis 1888 gesunken, von da ab ist sie aus noch unerklärlichen Gründen gestiegen. Diese Zahl steht in Beziehung zu denjenigen der Bedingtauglichen. Der Prozentsatz der Abgänge hat sich allerdings erhöht, aber das für den Erfolg Maßgebende, der Abgang durch Unbrauchbarkeit ist nicht erheblich. Bezuglich der Schätzungen sind die Ansforderungen der Armeeverwaltung bedeutend gestiegen. Redner sucht in ähnlicher Weise die Vermehrung des Abgangs an Halb- und Ganzinvaliden bis ins einzelne zu erklären; er führt u. a. eine wesentliche Zunahme der Nervösität an. Die Ansicht der Medizinalabtheilung sei, daß der Begriff der Dienstbeschädigung im Laufe der Jahre bedeutend erweitert worden ist, wozu ja auch die Sozialgefegebung beigetragen hat. Die Qualität des Ersatzes habe sich nicht verschlechtert. Die geringere Zahl der Ausgemüsterten beruhe auf einer Veränderung der Standesordnung und der Rücksichtnahme auf die jungen Männer, die sich sehr ungern ausmusteren lassen. Abg. Mayer (Volkspartei) will und kann sich auf die gehörigen Details nicht einlassen. Er erläutert für sich und seine Freunde die Bereitschaft, an dem Angebot der ersten Leistung, einschließlich 18 000 Mann Ersatzreserve, festzuhalten, was doch ein weitgehendes Entgegenkommen in militärischer und finanzieller Hinsicht bedeute. Das Vertrauen zur Militärverwaltung sei selbst bei den Nationalliberalen nicht unbegrenzt, sonst würde Herr v. Pannigsen die ganzen 60 000 Mann bewilligen. Das Vertrauen der Volkspartei sei durch den großen Wandel in den Ansichten der Militärverwaltung sehr erschüttert. Zwischen dem Deutschen, der nur Gott fürchtet und Niemand sonst, und dem Deutschen, wie er jetzt im Hinterblick auf die zwei Fronten gezeichnet wird, sei doch ein kolossal Unterchied. Die Militärverwaltung gruppirt die Beflern nach jeweiligem Bedarf. Wenn nun die Bevölkerung in Deutschland nicht so schnell gewachsen wäre? Auch dann würde der Generalstab im Vertrauen auf die Qualität unseres Heeres im Kriegsfall die Offensive ergreifen. Man solle die Dinge doch nicht pessimistisch darstellen. Schwer in die Wagschale fallen die entschiedene Ablehnung der Volksstimmung, besonders in Süddeutschland. Darin sei auch fernerwegen, wie Abg. v. Pannigsen behauptet, ein Umschwung eingetreten. Auch die wirtschaftliche Lage müsse mehr berücksichtigt werden. General v. Götschler habe die vom Abg. Hinze dargelegte Insuffizienz unseres Menschenmaterials keineswegs widerlegt. Sobald man über die jegliche Friedenspräsenzstärke hinausgehe, gebe es überhaupt keinen Halt mehr. Bei dem Starrum des Reichskanzlers dürfe man einen baldigen Wahlkampf erwarten, dessen Ergebnis sicher ganz anders ausfallen werde, wie im Jahre 1887. Die verbündeten Regierungen mögen im Interesse unseres Ansehens noch außen und den Friedens im Innern sich damit begnügen, was Ihnen jetzt von der Volksvertretung einmütig dargeboten werde. Reichskanzler Graf

Caprivi: Das, was der Vorredner vorschlägt, ist überhaupt kein Angebot im Sinne der Regierung. Die zweijährige Dienstzeit innerhalb der jetzigen Friedenspräsenzstärke ist für die Regierung unannehmbar. Die jetzige Ausbildung der Ersatzreserve ist höchst ungenügend. Die vom Abg. Mayer empfohlene Zurückhaltung unsererseits würde nach augen, zumal auf französischer Seite, wahrscheinlich zu entgegengesetzten Absichten führen. Bestimmungen der Bevölkerung darf die Regierung nicht nachgeben; sie muß an die Zukunft Deutschlands denken. Es ist unrichtig, daß das Kriegsministerium Befehl und Thatsachen nach Bedarf „gruppirt“; dasselbe ist korrekt vorgegangen, nachdem es sich selbst durch langjährige Studien überzeugt hatte. Das größte Vertrauen in unserem Generalstab ist voll gerechtfertigt, aber darum darf man von diesem nicht annehmen, daß er mit unzureichenden Kräften die Offensive ergreifen wird. Der Generalstab ist mit der Vorlage durchaus einverstanden. Auch ich theile den starken Glauben an den Dreieck und habe auch in diesem Sinne gehandelt. Aber auch bei voller Aufrechterhaltung des Dreiecks brauchen wir in Zukunft mehr Soldaten. General von Götschler vertheidigt die Militärverwaltung gegen den Vorwurf, daß sie die Bahnen nach Bedarf wechsle, und wiederholt nochmals die militärischen Gründe für die Notwendigkeit der in der Militärvorlage enthaltenen Verstärkungen. Der nächste Krieg werde in mancher Beziehung Aehnlichkeit haben mit den Kriegen der Völkerwanderung. Abg. Bebel vertheidigt seine Ausführungen über Milizheere, welche er in einer früheren Sitzung gelobt, gegen die Kritik des Reichskanzlers, exemplifiziert auf die Schweiz und machte Bedenken geltend gegen das amliche Bahnenmaterial. Reichskanzler Graf Caprivi wendet sich gegen den Vorredner. Die Ausgaben der Schweiz für militärische Zwecke haben sich im letzten Jahre in Folge der Anlage von Befestigungen ebenfalls erhöht. Milizheere können bestens nur im Lande selbst verwendet werden, zur Offensive seien sie absolut unbrauchbar. Der sächsische Bevollmächtigte General von Schleben berichtigte einige Angaben Bebels über Verhältnisse der sächsischen Armee vor dem Jahre 1866. Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen wird die weitere Diskussion auf Donnerstag Abend vertagt. Auch heute, wo die Redner sich in ebensolcher Breite ergingen wie im Plenum, ist die Generadebatte noch nicht zum Abschluß gelangt.

Militärisches.

* Personalveränderungen im V. Armee-Korps. Dr. Bliesener, Stabs- und Bataillons-Arzt vom Jäger-Bataillon 1. Westp. Gr. Reg. Nr. 6, zum Oberstabsarzt 2. Kl. und Reg.-Arzt des Husaren-Reg. 2. Hess. Nr. 14. Dr. Moritz, Stabs- und Bataillons-Arzt vom Womm. Jäger-Bataillon Nr. 2, zum Oberstabsarzt 2. Klasse und Regiments-Arzt des 1. Westp. Gr. Reg. Nr. 6 befördert. Dr. Henning, Unterarzt der Reserve vom Landwehr-Bezirk Rastatt, Dr. Urbanowicz, Unterarzt der Reserve vom Landwehr-Bezirk Rawitsch, Dr. Schubert, Unterarzt der Reserve vom Landwehr-Bezirk Rawitsch, Dr. Henkel, Unterarzt der Reserve vom Landwehr-Bezirk Lauban, Hubrich, Unterarzt der Reserve vom Landwehr-Bezirk Glogau zu Assistenz-Arzt 2. Kl. befördert. Bahr, Stabs- und Bataillons-Arzt des 3. Bataillons 7. Ostpr. Inf.-Reg. Nr. 44, als Abteilungs-Arzt zur 2. Abteilung Niedersal. Feld-Art.-Reg. Nr. 5 versetzt. Dr. Kuprecht, Oberstabsarzt 2. Kl. und Regiments-Arzt vom 1. Westp. Gr. Reg. Nr. 6 der Abschied mit der gesetzlichen Pension und der Erlaubnis zum Tragen seiner bisherigen Uniform, Dr. Baer, Stabs- und Abteilungs-Arzt von der 2. Abteilung Feld-Art.-Regts. Niederschles. Nr. 5, der Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt.

* Personalveränderungen in der IV. Division. Seller, Major a. D., zuletzt Abteilungs-Kommandeur im 2. Womm. Feld-Art.-Regt. Nr. 17, unter Erteilung der Erlaubnis zum fernereren Tragen der Uniform des 1. Womm. Feld-Art.-Regts. Nr. 2, mit seiner Pension, — zur Disp. gestellt.

Lokales.

Posen, 25. Januar.

* Provinzialausschuss. Vom 17. bis 20. d. Mts. tagte der Provinzialausschuss unter dem Vorst. des Landrats a. D. Herrn von Dzembrowski. Den Sitzungen wohnte der Oberpräsident, der Landtagsmarschall und der Landeshauptmann nebst seinen Räthen bei. Es wurden zunächst eine Reihe persönlicher Angelegenheiten erledigt, darunter die Wiederwahl des bisherigen Voritzenden sowie des stellvertretenden Voritzenden Grafen Kowalewski auf Koblenz. Demnächst wurden die Vorlagen für den 28. Provinzial-Landtag festgestellt. Ferner wurden den Drahtgegenossenschaften zu Szemborowo, Kreis Wreschen, Donatowo, Kreis Kosten und Konarzewo Salnia Kolone, Kreis Krotoschin Beihilfen zu den Kosten der generellen Vorarbeiten für die Drainage ihrer Feldmarken bewilligt. Der Gemeinde Wetzka, Kreis Ostrowo, welche ein Darlehen aus der Provinzial-Hilfskasse zur Ausführung von Moordammsturen erhalten hat, werden hierfür zwei Jahre aus dem Meliorationsfonds gewährt. Die von dem Landwirtschaftsminister angeregte Frage der Übernahme der Landwirtschaftsschule zu Samter auf die Provinz wird vornimmt beantwortet und ebenso die Gewährung eines jährlichen Zuschusses abgelehnt. Dagegen wird der Landeshauptmann erucht, auf Grund ähnlicher Einrichtungen in anderen Provinzen die eventuelle Errichtung einer Provinzial-Landwirtschaftsschule zu erwägen, und dem Provinzialausschuss s. B. geeignete Vorschläge zu machen. Die Ausdehnung der Viehversicherung auf die am Milzbrand gefallenen Vieh und Kinder wird abgelehnt aus den bereits vom 26. Provinzial-Landtag angeführten Gründen, daß sich Milzbrand in erheblichem Umfang nur auf besondere lokale Seuchenherde beschränkt. Die Übernahme der Kosten des Heilverfahrens eines landwirtschaftlichen Unfalls während der ersten 13 Wochen in einzelnen hierzu geeigneten Fällen wird nicht für opportun erachtet, da sich derartige Ausnahmen kaum beschränken ließen und die Übernahme des gesamten Heilverfahrens während der ersten 13 Wochen z. B. nicht empfehlenswert sei. Für die Strecke von Russo über Cerekowka nach Wojciechowo, von Gora nach Gora Bahnhof beide Straßen im Kreise Jarotschin und von Brunow Porhyt über Trzebow nach Koschmin Deutch-Hauland im Kreise Krotoschin wird die Gewährung von Chausseebauprämiens und die fünfjährige Unterhaltung durch die Provinz zugestellt. Hierauf wird über verschiedene Anträge auf Gewährung von Begebauhilfsen beschlossen. Die weiter auszugebenden Provinzialanleihescheine sollen wie bisher mit 3% Prozent verzinst werden. Schließlich wird über eine größere Anzahl Rechnungsvorlagen und Beihilfesachen Beschluß gefaßt.

p. Verhaftung. Vieles Aufsehen erregt hier die Verhaftung eines Soldaten von der 4. Komp. des 47. Infanterie-Regiments. Derselbe ist Mitinhaber eines Geschäftes in Berlin und galt hier allgemein als sehr wohlhabend. Die Verhaftung erfolgte nun auf Veranlassung seines Berliner Sohnes, den er um nicht weniger als 64 000 Mark beschwindelt haben soll. Der Arrestant, der erst im letzten Herbst beim Militär eingetreten ist, wurde gestern früh nach Berlin transportiert.

p. Zu argen Erzessen ist es in einer der letzten Nächte in einem Hotel in Jeritz in der Nähe der Kaserne des 6. Infanterie-Regiments gekommen. Dort gerieten mehrere Soldaten dieses Regiments mit Defektionshandwerkern in Streit, der schließlich derartig in Thätschelten ausartete, daß der Wirth nach der

Kaserne um Hülfe schicken musste. Bei der Schlägerei ist ein Deponiehandwerker nicht unerheblich verletzt worden und musste noch an demselben Abend nach dem Militärlazarett geschafft werden.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 24. Jan. Die königliche Eisenbahndirektion macht bekannt: Die Betriebsstörung in Folge Schneeverwehung auf den Strecken Stargard-Soldin und Glatow-Berlinchen ist bis zum 24. d. M. Vormittags gehoben. Die Züge verkehren wieder zwischen Stargard und Küstriner Vorstadt, sowie zwischen Glatow und Berlinchen.

Leipzig, 24. Jan. In den Werkstätten der Holzbildnerei und Kunstmöbelabrik von Franz Schneider brach heute früh 6 Uhr eine große Feuerbrunst aus, welche sehr bedeutenden Schaden angerichtet hat.

München, 24. Jan. Der General der Kavallerie v. Kiliiani, ehemaliger Inspekteur der bayerischen Kavallerie, ist gestorben.

Nürnberg, 24. Jan. Der Romanist und Kirchenrechtslehrer, Frhr. v. Scheuerl, vordem Professor an der Universität Erlangen, ist hier gestorben.

Wien, 24. Jan. Heute Vormittag 11 Uhr fand in der Pfarrkirche der Hofburg die Vermählung der Erzherzogin Margaretha Sophia von Österreich mit dem Herzog Albrecht von Württemberg nach dem herkömmlichen feierlichen Zeremoniell statt. Der Bräutigam schritt zwischen dem Kaiser Franz Josef und dem König von Württemberg. Die Braut, in weißer Hailleroobe mit in Silber gestickten Margueriten, geschnückt mit Orangenblüthen und Myrthen, wurde von der Königin von Württemberg und von der Erzherzogin Maria Theresa geleitet. Kardinal Gruscha vollzog die Trauung und hielt die Ansprache. Hierauf überreichte Hofburgpfarrer Mayer die Ringe, welche das Brautpaar sich gegenseitig ansteckte. Nach dem kirchlichen Segen küßten die Neuvermählten dem Kaiser Franz Joseph und dem König von Württemberg die Hände und nahmen die Glückwünsche der anderen Fürstlichkeiten entgegen.

Wien, 24. Jan. Nach der Trauung des Herzogs Albrecht von Württemberg mit der Erzherzogin Margaretha Sophia fand beim Erzherzog Karl Ludwig im engsten Familienkreise ein Abschiedsbüder zu Ehren der Neuvermählten statt. Um 3 Uhr Nachmittags reiste das neuvermählte Paar nach Salzburg ab, nachdem es von der Familie des Erzherzogs Karl Ludwig Abschied genommen hatte.

Wien, 24. Jan. Das "Fremdenblatt" schreibt, die Rücksprache Develles mit dem österreichischen Botschafter Grafen Hoyos scheine den Zweck zu haben, eine klarere Präzisierung der Stellung der französischen Regierung zu provozieren gegenüber den Institutionen der französischen Presse, als ob eine Intrigue der Tripelallianz gegen das gegenwärtige französische Regime im Werke wäre, welche die Panamaaffaire als ein Mittel für ihre Zwecke zu benutzen versuchten. Eine diesbezügliche Klärstellung von autoritativer Seite um so nothwendiger erschienen, als Kommunikés von offiziösem Ursprunge zuerst der Ausweitung einiger fremden Journalisten aus Paris die Deutung gegeben hätten, als ob dies ein Alt nothwendiger Abwehr gegen die obengedachte Intrigue wäre. Diese wie die Tripelallianz, zum Mindesten nicht ohne Beihilfe der guvernementalen Blätter, ersonnenen Verleumdungen und unsinnigen Ausschreibungen hätten zwar von Anfang an in ernsten politischen Kreisen keinen Glauben gefunden, aber die heutigen Pariser Angelegenheiten seien für ernste Politiker nicht tonangebend. Es wäre jedenfalls gut, wenn die französische Regierung in richtiger Erkenntnis der bösen Saat den gegen die Mächte der Tripelallianz und deren Botschafter erhobenen Verleumdungen, von denen sie wisse, daß sie erfunden seien, offen und loyal entgegentreten und die bezüglichen Ausschreibungen aus der Welt schaffen würde.

Prag, 24. Jan. Authentischen Meldungen zufolge sind bei einer Explosion schlagender Wetter im Schachte "Fortschritt" bei Dux bisher 10 Tote und 15 Verwundete festgestellt worden. Angeblich befinden sich noch mehrere Hundert Bergleute im Schachte.

Pest, 24. Jan. Der gestern Abend nach Wien abgegangene Schnellzug stieß infolge falscher Weichenstellung bei der Station Koeboekut auf einen Lastwagen. Letzterer, sowie die Lokomotive und der Postwagen des Schnellzuges wurden zertrümmert. Einige Passagiere wurden leicht verletzt. Vier Personen vom Zugpersonal haben schwerere Verletzungen davongetragen.

Petersburg, 24. Jan. Der Ingenieurgeneral Eduard Thillo, Mitglied mehrerer gelehrten Gesellschaften, ist gestorben.

Genf, 24. Jan. Die Eisenbahnverbindung mit Paris ist seit heute Mittag gänzlich abgebrochen, es werden daher keine Reisende nach Frankreich mehr angenommen. — Eine Schneelawine hat heute Morgen den Eingang des Tunnels von Crevo, in der Nähe von Bellegarde versperrt.

Göschinen, 24. Jan. In Folge von Schneeverwehungen ist der Verkehr auf der Gotthardbahn seit gestern Abend 5 Uhr unterbrochen.

Göschinen, 24. Jan. Seit 12½ Uhr Nachmittag ist die Verkehrsstörung auf der Gotthardbahn wieder beseitigt.

Rom, 24. Jan. Nach einem dem "Diritto" aus Turin zugegangenen Telegramme hätte Menabrea an den Präsidenten des Senats das Verlangen gestellt, angeflichts der betreffs seiner Beziehungen zu Cornelius Herz in der Presse beharrlich veröffentlichten Institutionen eine eingehende Untersuchung über die ihm zum Vorwurfe gemachten unzulänglichen Angelegenheiten zu veranlassen. Gleichzeitig stelle Menabrea dem Präsidenten seine Person zur Verfügung und ebenso auch seine vertraulichsten Schriftstücke, welche erneut möchten, ob er noch weiterhin Mitglied des Senats bleiben könne.

Rom, 24. Jan. Der Papst empfing heute den Kardinal Fürstbischof D. Kopp. Der preußische Gesandte beim päpstlichen Stuhl v. Bülow wird zu Ehren der neu ernannten Kardinalen Fürstbischof D. Kopp von Breslau und Erzbischof D. Kremenski von Köln, am 26. Januar ein Festmahl veranstalten. An den Staatssekretär Kardinal Rampolla ist eine Einladung zu demselben ergangen.

Paris, 24. Jan. Mehrere Morgenblätter wollen wissen, daß das gerichtliche Verfahren gegen Rouvier, Thevenet und Jules Roche eingestellt werden würde. Dem "Figaro" zufolge würde das auch betreffs Blondins der Fall sein.

Die Zweck-Auslieferung von Cornelius Herz erforderlichen Formalitäten sind dem Vernehmen nach nunmehr sämtlich

erfüllt. Die betreffenden Aktenstücke sind der französischen Botschaft in London zugestellt worden.

Paris, 24. Jan. Die Panama-Untersuchungs-Kommision vernahm heute den ehemaligen Privatsekretär Reinachs, Stephane. Derselbe beschwore, daß seine Angaben auf Wahrheit beruhten. Er sagte aus, zu seinen Angaben habe ihn Niemand angestachelt; von seinem Besuch bei Clémenceau würde er nicht gesprochen haben, wenn er seitens der Kommission nicht darnach befragt worden wäre.

Die Deputirtenkammer bewilligte heute das Ordinarium des Budgets des Kriegsministeriums. Der Deputierte Provost de Launay (Rechte) erklärte bei dem Kapitel "Geheime Ausgaben", er werde bei der Berathung über die geheimen Fonds des Ministeriums des Innern beantragen, daß die geheimen Ausgaben des Kriegsministeriums kontrollirt würden, damit man dieselben nicht zu politischen Zwecken verwenden könnte, wie dies kürzlich durch Aussagen vor der Panama-Untersuchungs-Kommision erwiesen sei.

Paris, 24. Jan. (Panama-Prozeß.) Der Vertheidiger Barboux führte heute im Verlaufe seines Plaidoyers aus, die Ausgaben für Veröffentlichungszwecke seien keine Unterschlagung. Die Voranschläge für sämtliche großen Arbeiten seien überschritten worden.

Paris, 24. Jan. Der Untersuchungsrichter Franqueville begann heute mit der Untersuchung gegen Cornelius Herz und Arton, in welche, wie verlautet, auch Sansleroy verwickelt sein soll.

Paris, 24. Jan. In einem eingebenden Artikel des "Algaro", unterzeichnet "Bidi", wird erzählt, wie die Bestechungsliste des Baron Reinach in die Hände von Cornelius Herz gekommen ist. Letzterer, durch dessen pecunäre Unterstützung die Radikalen große Wahlerfolge errungen und das radikale Kabinett Freycinet gebildet hatten, versprach, wie das Blatt berichtet, im Jahre 1886 den beiden Leipzigs und Baron Reinach gegen eine Provision von zehn Millionen durchzusehen, daß das Kabinett ein Gesetz betreffend die Emission von Loosobligationen einbringe. Das Gesetz wurde tatsächlich eingeführt, jedoch angeflichts der in der Kammer herrschenden Stimmung zurückgezogen. Herz wurde darauf mit 600 000 Frs. abgefunden.

Im Jahre 1888 wurde dann durch die Bestechungen Reinachs die Annahme des Emissionsgesetzes in der Kammer durchgeführt. Als Herz dann mit Entschließungen drohte und die versprochenen zehn Millionen verlangte, gab Baron Reinach sein ganzes Vermögen her, sowie zwei Millionen von der ihm von der Panama-Gesellschaft übergebenen Summe von 3 300 000 Francs. Herz verlangte dagegen alles. Reinach sandte alsdann, um sich über die Verwendung der 1 300 000 Francs auszuweisen, an Herz die Liste der bestochenen Personen. Herz benötigte diese Liste zu neuen Expressungen, die Baron Reinach schließlich in den Tod trieben.

Paris, 24. Jan. Der Erzbischof von Lyon, Kardinal Foulon, ist gestorben.

London, 24. Jan. Meldung des "Reuter'schen Bureaus" aus Panama vom 23. d. Mts.: Eine aus Guatamala eingetroffene Depesche berichtet von einem Angriff des Pöbels auf das dortige britische Konsulat, wobei der älteste Sohn des Konsuls mehrere, wie befürchtet wird, lebensgefährliche Verlebungen erhielt. Der jüngere Sohn des Konsuls habe einen der Angreifer aus der Menge erschossen. Der Hafen werde von Kriegsschiffen blockiert werden, bis für die Unbill entsprechende Genugthuung geleistet worden sei, die der Präsident Barrios bei der zur Zeit herrschenden großen Aufregung der Bevölkerung jetzt noch nicht zu geben wage. — Das "Reutersche Bureau" fügt seiner Meldung hinzu, die Depesche aus Guatamala trage weder ein Datum, noch gebe sie die Veranlassung zu dem ganzen Vorgang an.

London, 24. Jan. Nach weiteren, dem "Reuterschen Bureau" aus Washington von heute zugegangenen Meldungen sind die Nachrichten von einem Angriffe des Pöbels auf das britische Konsulat in Guatamala eingezogenen genaueren Erfundungen zufolge stark übertrieben. Es handelte sich nur um einen Überfall und eine Raubhandlung des auf dem Lande weilenden jüngeren Sohnes des Gesandten durch eine Räuberbande. Die Regierung von Guatamala habe dem Gesandten volle Genugthuung versprochen.

London, 24. Jan. Nach einer Meldung des "Reuterschen Bureau" hätte der englische Gesandte, Lord Cromer, in Kairo Befehl erhalten, den Khedive davon zu verständigen, daß eine Vermehrung der englischen Truppen zum Schutz der Europäer nothwendig sei. Der Kriegsminister habe nach Malta und Cypern die telegraphische Ordre gelangen lassen, die von Indien kommenden Truppen aufzuhalten. Eine Demonstration der englischen Flotte in Egypten sei aufgegeben worden.

London, 24. Jan. Ein Telegramm der "Daily News" aus Kairo sagt, der Khedive bestreite entschieden, daß er die Absicht habe, sich der Dienste der englischen Beamten zu entledigen.

London, 24. Jan. Das "Reuter'sche Bureau" veröffentlicht eine Depesche aus Kairo von heute, wonach die Vermehrung der ägyptischen Occupationstruppe sich auf zwei Bataillone beschränken werde. Das eine derselben gehöre dem schottischen Regiment an, welches in Gibraltar steht. Die beiden nach Ägypten entsandten Bataillone würden in Alexandria verbleiben und zunächst nicht nach Kairo gehen, wosfern dies nicht durch die Umstände nothwendig gemacht werden würde.

Nach einer weiteren Meldung wird auch die Besatzung von Malta Infanterie zur Verstärkung des Okkupationskorps abgeben.

London, 24. Jan. Nach einer Meldung des "Reuterschen Bureaus" aus Yokohama vom 24. d. M. hat das japanische Parlament die Genehmigung des Ausgabebudgets abgelehnt. Auf den Rath der Minister vertagte der Mikado das Parlament auf zwei Wochen.

Bukarest, 23. Jan. Die Deputirtenkammer hat heute ihre Sitzungen wieder aufgenommen und die Berathung des Handelsvertrags mit England begonnen. Der Minister des Auswärtigen wies auf die Vortheile des Vertrages hin, welcher dem autonomen Tarife Rumäniens gerecht werde und die Stabilität der Be-

ziehungen zu dem Staate sichere, dem Rumäniens den größten Theil seiner einheimischen Produkte liefern. Die Abstimmung erfolgt morgen.

Washington, 23. Jan. Das Repräsentantenhaus hat die Quarantäne-Vorlage angenommen und zwar unter Hinzufügung eines Amendments, wonach das Gesetz auch den Grenzen von Kanada gegenüber zur Anwendung gelangen soll. — Eine Depesche der "Times" über die vom Repräsentantenhaus angenommene Quarantäne-Vorlage besagt, daß dieselbe die Quarantäne-Systeme der einzelnen amerikanischen Staaten wahre gegenüber der Bundeskontrolle.

Newyork, 24. Jan. Wie der "Newyork Herald" aus Valparaiso meldet, hat die Deputirtenkammer ein Gesetz angenommen, nach welchem der Präsident ermächtigt wird, vor Ablauf dreier Jahre die dem Staate Chile gehörigen Salpetergebiete zu verkaufen. Die Verkäufe werden in Europa und in den Vereinigten Staaten angezeigt werden.

Prag, 25. Jan. Bisher wurden aus dem Schacht der Grube "Fortschritt" vierzig Bergleute theils tot, theils schwer verwundet herausbefördert. Zu dem Schauplatz der eigentlichen Explosion ist man bisher noch nicht vorgedrungen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; Stunde 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter. Temp. Grad
24. Nachm. 2	756,0	SWeicher Zug	halb heiter -10,0
24. Abends 9	754,2	SW leiser Zug	bedekt -9,9
25. Morgs. 7	752,3	SO leicht	bedekt -5,0
	1) Nacht und früh schwacher Schneefall.		
Am 24. Jan.	Wärme-Maximum	8,5° Cels.	
Am 24.	Wärme-Minimum	-15,6°	

Produkten- und Börsenberichte.

Bonds-Kurse.

Hamburg, 24. Jan. Blemlich fest.
Gold in Barren pr. Kilo 2788 Br., 2784 Gd.

Silber in Barren pr. Kilo 112,75 Br., 112,25 Gd.

Breslau, 24. Jan. (Schlußkurse.) Blemlich fest.

Neue Proz. Reichsanleihe 86,70, 3 1/2 proz. L.-Pfandbr. 98,15, Konso. Türk. 21,35, Türk. Zoot 89,0, 4 proz. ung. Goldrente 96,75, Bresl. Kreditbank 96,25, Breslauer Wechslerbank 96,00, Kreditaktien 173,25, Schles. Bankverein 110,50, Donnerzmarthütte 83,75, Flöther Maschinenbau —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 114,00, Oberlese. Eisenbahn 48,00, Oberschles. Portland-Cement 65,50, Schles. Cement 115,00, Oppeln. Cement 88,00, Schl. D. Cement —, Kramsta 134,00 Schles. Zinkfatten 172,50, Laurabütte 94,65, Verein. Oelsfabr. 88,00, Oesterreich. Banknoten 168,60, Russ. Banknoten 208,65, Giese. Cement 68,50.

Frankfurt a. M., 24. Jan. (Schlußkurse.) Befestigt.

Lond. Wechsel 20,38, 4 proz. Reichsanleihe 107,35, österr. Silberrente 82,70, 4 1/2 proz. Papierrente 82,80, do. 4 proz. Goldrente 98,4, 1880er Zoot 128,40, 4 proz. ung. Goldrente 96,30, Altstaler 91,40, 1880er Russen 97,10, 3. Oriental. 66,60, unifiz. Egypter 99,00, konz. Türk. 21,35 4 proz. türk. Ant. 86,30, 3 proz. port. Ant. 20,70, 5 proz. serb. Rente 76,50, 5 proz. amont. Rumäniener 97,30, 5 proz. Konz. Mex. 78,80, Böh. Westbahn 306, Böh. Nord. 159,7, Franzosen —, Galtzler 184,7, Gotthardbahn 151,00, Lombarden 81, Büd.-Büd. 138,90, Nordwestbahn 179,7, Kreditaktien 269,7, Darmstädter 132,80, Mitteld. Kredit 96,00, Reichsb. 148,30 Dist. Kommandit 181,30, Dresden. Bank 188,00, Pariser Wechsel 81,20, Wiener Wechsel 168,30, serbische Tabakrente 77,00, Bochum. Gußstahl 116,50, Dortmund. Union 55,80, Harpener Bergwerk 125,60, Hibernia 105,20, 4 proz. Spanier 61,70, Mainzer 110,10 Berliner Handelsgesellschaft 136,50.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 269,7, Dist. Kommandit 181,30, Bochumer —, Lomaarden —.

Wien, 24. Januar. (Schlußkurse.) Reservirt. Speulationsmarkt auf Berlin und egyptische Nachrichten gedrückt. Zur Konversion bestimmt Werte fest.

Oesterz. 4 1/2%. Papier. 98,69, do. 5 proz. 101,10, do. Silberr. 18,35 do. Goldrente 116,75, 4 proz. ung. Goldrente 114,45, 5 proz. o. Papier. 101,40, Ränderbank 23,10, österr. Kreditakt. 321,35, unifiz. Kreditaktien 367,75 Wien. Bl. 118,75, Elbenthalbahn 229,75, Galtzler 219,50, Lemberg-Czernowitz 254,75, Lombarden 94,00, Nordwestbahn 213,00, Tabaksalt. 168,75, Napoleon 9,63, Karlsnotes 59,35, Russ. Banknoten 1,23%, Silbercoupons 100,00, Bulgariische Anleihe 111,90.

Buenos Ayres, 23. Jan. Goldtago 207,00.

Rio de Janeiro, 23. Jan. Wechsel auf London 13%.

Produkten-Kurse.

Danzig, 24. Jan. Getreidemarkt. Weizen loko matt. Um satz 250 Tonnen, Weizen bunt und hellfarbig 148,00, do. hellbunt 148,00, do. hochbunt glasig und weiß 151,00, Regulierungspreis zu freiem Verkehr 149, do. p. April-Mai Transit 126 Pfd. 129,50, do. pr. Mai-Juni Transit 126 Pfd. —, Roggen loko unveränd. inländischer per 120 Pfd. 119—120, do. polnisch oder russischer Transit 101, Regulierungspreis zum freien Verkehr 120, do. Januar Transit —

holsteinscher loko neuer 158-160. — Roggen loko ruhig, medien. loko neuer 140-148, nössicher loko ruhig, transito 110-114 nom. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübbel (unverb.) still, loko 51. — Spiritus loko stetig, er Jan. 22¹/₂ Br., er Januar-Februar 22¹/₂ Br., pr. April-Mai 22¹/₂ Br., ver Mai-Juni 22¹/₂ Br. — Kaffee fest, Umsatz 3000 Sac. — Petroleum loko behauptet, Standard white loko ohne Angebot, ve. Februar-März 5,10 Br. — Wetter: Thauwetter.

Hamburg, 24. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht). Good over. ge Santos per März 82, ver Mai 80, per Sept. 80¹/₂. Fett.

Hamburg, 24. Jan. Buttermarkt. (Schlussbericht). Rübener Rohzucker I. Produktos 88 pCt. Rendement neue Ukraine frei an Bord Hamburg ver März 14,27¹/₂, ver Mai 14,40, per Sept. 14,25. Stetig.

Berst, 24. Jan. Produktenmarkt. Weizen ruhig, per Frühjahr 7,41 Gd., 7,42 Br., per Herbst 7,56 Gd., 7,58 Br. Soja-ner Kürbisch 5,46 Gd., 5,48 Br. Mais per Mai-Juni 1898 4,71 Gd., 4,72 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,20 Gd., 11,25 Br. — Wetter: Kalt.

Paris, 24. Jan. Getreidemarkt. (Schluss.) Weizen ruhig, v. Januar 22,00, v. Februar 21,90, v. März-April 22,80, v. März-Juni 22,60. — Roggen ruhig, ver Januar 13,80, — ver März-Juni 14,20. — Mehl matt, — ver Januar 51,00, per Febr. 49,10, — ver März-April 49,10, v. März-Juni 49,10. — Rübbel behauptet, v. Jan. 56,50, ver Febr. 56,75, — ver März-April 57,25. v. März-Juni 57,75. — Spiritus matt, — ver Januar 46,50, per Febr. 46,50, — ver März-April 46,50, v. Mai-August 46,75. — Wetter: Milde.

Paris, 24. Jan. (Schluss) Rohzucker ruhig 88 Proz. loko 38,50. Weißer Butter träge, Nr. 3, per 100 Kilogramm per Jan. 40,62¹/₂, per Februar 40,75, v. März-Juni 41,37¹/₂, v. Mai-August 41,87¹/₂.

Petersburg, 24. Jan. Produktenmarkt. Talg loko 55,00, per August —, —, Weizen loko 11,25, — Roggen loko 9,25, Hafer loko 5,00, Hanf loko 43,00, Leinsaat loko 15,50. — Wetter: Frost.

Havre, 24. Jan. Telegr. der Hamb. Firma Petmann Siegler u. Co. Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Haufe.

Kio 13 000 Sac, Santos 15 000 Sac, Reisetts für 2 Tage.

Havre, 24. Jan. Telegr. der Hamb. Firma Petmann Siegler u. Co. Kaffee, good average Santos, v. Jan. 12,50, v. März 102,50, per Mai 101,50. Ruhig.

Amsterdam, 24. Jan. Kava-Kaffee good ordinary 56¹/₂.

Amsterdam, 24. Jan. Vancsintin 55¹/₂.

Amsterdam, 24. Jan. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unverändert, v. März 175, v. Mai 176. Roggen loko geschäftlos, auf Termine träge, per März 130, — ver Mai 127. Rübbel loko 26, — ver Mai 25¹/₂, dfo. per Herbst 25¹/₂.

Antwerpen, 24. Jan. Petroleummarkt. (Schlussbericht). Kaffinitsche Type weit loko 12¹/₂ bez. u. Br., per Jan. 12¹/₂ Br., per Febr.-März 12¹/₂ Br., v. Sept.-Dez. 13 Br. Fest.

Antwerpen, 24. Jan. (Telegr. der Herren Willens und Comp.) Wolle. La Blata-Bug, Type B, Februar 4,50, August 4,67¹/₂, Käufer.

Antwerpen, 24. Jan. Getreidemarkt. Weizen schwach, Roggen fest. Hafer behauptet. Gerste begeht.

London, 24. Jan. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten.

— Wetter: Leichter Nebel.

London, 24. Jan. 96 pCt. Javazucker loko 16¹/₂ ruhig, Rübener Rohzucker loko 14¹/₂ fest.

London, 24. Jan. Chilli-Kupfer 45¹/₂ per 3 Monat 46¹/₂.

Hull, 24. Jan. Getreidemarkt. Weizen 1/2 sb. niedriger. Milde.

Glasgow, 24. Jan. Rohzucker. (Schluss.) Mixed numbers warrants 43 sb. 11 d.

Liverpool, 23. Jan. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 4 000 Ball., davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Unverändert.

Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 5¹/₂ Ver-

käuferpreis, Febr.-März 5¹/₂ do., März-April 5¹/₂ Käuferpreis, April-Mai 5¹/₂ do., Mai-Juni 5¹/₂ do., Juni-Juli 5¹/₂ do., Juli-August 5¹/₂ do., August-September 5¹/₂ d. dfo.

Liverpool, 24. Jan. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 4 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Stetig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 5¹/₂,

März-April 5¹/₂, Mai-Juni 5¹/₂, Juli-August 5¹/₂ d. alles Käuferpreise.

Newyork, 23. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9¹/₂, do. in New-Orleans 9¹/₂ Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,30, do. Standard white in Philadelphia 5,25 Gd. Robes Petroleum in New-York 5,35, do. Pipeline Certificates, pr. Febr. 53¹/₂, Stetig. Schmalz loko 11,45 do. Rohe u. Brothers 11,75 Rüder (Farr refining Muscovado.) 3¹/₁₆. Mais (New) v. Jan. 53¹/₂, v. Febr. 53¹/₂, v. Mai 53¹/₂. Rother Winterweizen v. 80¹/₂. Kaffee Rio 1¹/₂, 17¹/₂. Mehrl (Spring clear) 2,95. Getreidefracht 1¹/_{2 — Kupfer 12,00-12,25. Rüder Weizen v. Jan. 78¹/_{2, — ver Febr. 79¹/₂, — ver Mai 82¹/₂, — ver Juli 83¹/₂. Kaffee Nr. 7 low ord. v. Febr. 16,70, v. April 16,50.}}

Newyork, 23. Jan. Visible Supply an Weizen 82 252 000 Bushels, do. an Mais 12 176 000 Bushels.

Newyork, 24. Jan. Weizen-Berichtigungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 112 000, do. nach Frankreich 14 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 28 000, do. von Kalifornien u. Oregon nach Großbritannien 86 000 do. nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Chicago, 23. Jan. Weizen per Januar 73¹/₂, per Mai 78¹/₂, Mais per Januar 42¹/₂. Spec short clear —. Vorst. per Januar 18,7¹/₂.

Newyork, 24. Jan. Weizen tr. Jan. 78¹/₂ C. tr. Februar 79¹/₂ C.

Berlin, 25. Jan. Wetter: Glatteis.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 24. Jan. Die heutige Börse eröffnete in mäßig fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig, boten aber geschäftliche Anregung in keiner Beziehung dar. Hier entwickelte sich das Geschäft bei großer Referenztheit der Spekulation anfangs sehr ruhig, gestaltete sich aber später etwas lebhafter, als die Haltung um die Mitte der Börsenzeit etwas festigte. Der Börsenschluß blieb ziemlich fest. Der Kapitalsmarkt bewahrte feste Haltung auf für heimische solide Anlagen bei normalen Umsätzen. Deutsche Reichs- und Preußische konföderate Anleihen waren gut behauptet, vier Prozentige etwas besser. Fremde, festen Zins tragende Papiere hatten bei zumeist wenig veränderten Kursen ruhigen Verkehr; Italiener und Ungarische Goldrente behauptet, russische Anleihen fest. Der Privatdiskont wurde mit 1¹/₂ Proz. notrt. Geld zu Prolongationszwecken mit 2¹/₂ Proz. gegeben. Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien mit unwesentlichen Schwankungen ruhig um. Bombarden und Buschtriebader Eisenbahn fest; andere österr. Bahnen und schweizerische Bahnen behauptet, Gotthardbahn abgeschwächt. Inländische Eisenbahnen blieben ruhig; Lübeck-Büchen, Marienburg-Mlawka und Döppenbische Südbahn nach schwächerer Eröffnung befestigt. Bankaktien waren ruhig: Aktien der Darmstädter Bank fester, auch andere spekulative Devisen im Laufe des Geschäfts etwas anziehend wie namentlich Diskonto-Kommandit-Antehelle und Aktien der Deutschen Bank Industrieaktien behauptet und nur vereinzelt lebhafter; Montanwerke besonders Kohlenaktien anfangs schwächer, später fester.

Produkten-Börse.

Berlin, 24. Jan. In Newyork gab der Preis für Weizen gestern um 1¹/₂ C. nach, auch die übrigen ausländischen Märkte waren matt, nur in England zeigte sich ein etwas festerer Ton. Hier eröffnete die Getreidebörsen heute auf stärkeren Verkaufssordres

in schwacher Haltung und die Preise für Weizen gaben ca. 1 M. nach; später befestigte sich die Stimmung, namentlich für Roggen und die Preise konnten sich erhöhen. Das Geschäft in effektiver Ware war ziemlich still, da Angebot und Nachfrage sich in sehr mäßigen Grenzen hält. Hafer fast geschäftlos und unverändert. Roggen mehr etwas billiger bei geringen Umsätzen. Rübbel wurde zu seinem Verkehr wenig verändert. Die Lokofuhr in Spiritus wurde auf behaupteten Preisen schlank aufgenommen. Termine waren auf Monopolgerüchte fest, 30 bis 40 Pf. höher.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. Loko geschäftlos. Termine behauptet. Gefündigt — o. Kündigungspr. — M. Loko 143-160 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 153 M., per diesen Monat —, per März-April —, per April-May 156,75-157,25 bez., per Mai-Juni 158,25-158,5 bez., per Juli-Juli 159,5-160 bez., per Juli-August —.

Roggen per 1000 Kilogr. Loko etwas mehr offiziell bei guter Kaufluft. Termine fast geschäftlos. Gefündigt — Kontra. Kündigungspr. — M. Loko 125-137 M. nach Qual. Lieferungsqualität 135 M., inländischer guter 135-136 M., per diesen Monat — bez., per Jan.-Febr. —, per März-April —, per April-May 138-138,5 bez., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —.

Gerste per 1000 Kilogramm ruhig. Große und kleine 138 bis 170. Futtergerste 115-135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogr. Loko still. Termine still. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspr. — M. Loko 135 bis 158 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 140 M. Bom. mittel bis guter 137-142 bez., feiner 143-148 bez., preußischer mittel bis guter 136-142, feiner 143-148 bez., schlechter mittel bis guter 138-143 bez., feiner 144-149 bez., per diesen Monat 142 M., per Juni-Juli 142,5 M.

Mais per 1000 Kilogr. Loko unverändert. Termine geschäftlos. Gefündigt 100 Tonnen Kündigungspreis 125 M. Loko 125-136 M. nach Qual. per diesen Monat 125 M., per April-May 112,5 M. per Mai-Juni —, per Juni-Juli —.

Erbse p. 1000 Kilogr. Kochware 160-205 M. nach Qual.

Futtergerste 134-146 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sac. Termine wenig verändert. Gefünd. — Sac. Kündigungspr. — M., per diesen Monat und per Jan.-Febr. 18,1 bez., per Febr.-März —, per April-May 18,3 bez., per Mai-Juni 18,4 bez.

Rübbel per 100 Kilogr. mit Fas. ruhig. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Loko mit Fas. —, ohne Fas. —, per diesen Monat — M., per April-May 49,6 M., per Mai-Juni 49,7 M.

Petroleum ohne Handel.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 18,50 Gd. — Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 10,10 bez.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 18,50 Gd.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter a 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fas. 52,1 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter a 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fas. 32,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe Anfangs matt, schließt fest und höher. Gefündigt — Liter. Kündigungspr. — M. Loko mit Fas. —, per diesen Monat 31,7-32,2 bez., per Jan.-Febr. — bez., per März-April —, per April-May 32,6-33,3-33,2 bez., per Mai-Juni 33 bez., per Juni-Juli —, per Juli-August —, per August-September 34,6-35,2-35,1 bez.

Weizenmehl Nr. 00 22,50-20,50 bez., Nr. 0 20,25-18,00 bez. Feine Marken über Rottz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 18,25-17,50 bez., do. keine Marken Nr. 0 u. 1 19,50-18,25 bez., Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 u. 1 or 100 Kilogr. br. incl. Sac.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 41/2 M. 100 Rub. ■ 320 M. 1 Gulden österr. W. — 2 M. 7 Gulden südd. W. — 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf. 1 France oder 1 Lira oder 1 P. sata = 80 Pf

Bank-Diskonto Wechsel v. 24. Jan.	Bronsch. 20 T.L. — 104,75 bz.	Schw. Hyp.-Pf. 4 ¹ / ₂ 102,40 G.	Wrsch.-Ter. 5 102,20 G.	Roh Gold-Prior. 4 64,10 bz G.	Pr.Hyp.-B.I.(rz.120) 4 ¹ / ₂ 116,50 G.	Bauges. Humb. 6 126,70 G.
Amsterdam.. 21 ¹ / ₂ 8 T. 169,00 bz.	Cöln-M. Pr.-A. 3 ¹ / ₂ 133,90 bz.	Serb.Gld-Pfd. 5 85,00 G.	Wrsch.-Wien. — 192,80 bz.	Südost.-B. (Lb		